



## Haushaltsrede der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Olsberg zum Haushalt 2011

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Ratsmitglieder,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Eigentlich würde es ausreichen, die Rede unseres Bürgermeisters zur Einbringung des Haushalts 2011 vom 16. Dez. 2010 zu wiederholen. Er hat im Prinzip ja fast alles gesagt, was uns in den kommenden Jahren erwarten wird. Die einzige Änderung wäre dann nur noch bei der tatsächlichen Höhe des Haushaltslochs vorzunehmen.

Aber so einfach ist das vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wir ab dem Jahr 2011 einen Nothaushalt haben werden, leider nicht.

Dass bereits etwa jede dritte Kommune in NRW keinen ausgeglichenen Haushalt mehr vorweisen und sich die Finanzplanung von der Kommunalaufsicht genehmigen lassen muss, ist nur ein schwacher Trost.

Eine alte Volksweisheit sagt: „Spare in der Zeit, so hast Du in der Not“! Leider hat das mit dem Sparen nicht geklappt und jetzt haben wir den Salat: „Den Nothaushalt“!

Diese Situation hat uns jedoch eigentlich schon im Jahr 2006 ereilt. Lediglich durch die Einführung des NKF und der damit einhergehenden Möglichkeit eine sog. „Ausgleichsrücklage“ zu bilden, ist man diesem Schicksal entronnen und aus der Haushaltssicherung entlassen worden.

Damit ist nun Schluss!

Die „allgemeine Rücklage“ hat sich um mehr als 5% durchgängig in allen Finanzplanungsjahren verringert.

„**Ob**“ wir die hierdurch notwendige Haushaltskonsolidierung angehen müssen, darüber müssen wir nicht mehr reden, denn allen ist mittlerweile klar, dass wir schnell handeln müssen, um die Handlungsfähigkeit unserer Gemeinde wieder zu erlangen. Heute geht es um das „**wie**“ und hierüber müssen wir entscheiden.

Zusammenfassen könnte man es so: Wir brauchen eine „Effizienzsteigerung der Verwaltung“; „eine Gemeindefinanzierungsreform“ und „Leistungsverzicht“.

Erste Konsequenz aus dieser ganzen Misere ist: Ein Haushaltssicherungskonzept muss aufgestellt und darin der nächstmögliche Zeitpunkt bestimmt werden, bis zu dem der Haushaltsausgleich wieder hergestellt ist. Da dies ohne Hilfen seitens des Landes NRW und der Bundesregierung bis zum Sankt Nimmerleinstag nicht gelingen wird und die erforderlichen Verbesserungen in einer Größenordnung von ca.

3,8 Mio. € umgesetzt werden können, greifen die Regelungen des Nothaushaltsrechts.

Die Verpflichtungen, die sich für die Stadt Olsberg hieraus ergeben, sind recht vielfältig. Angefangen von der Rücknahme bzw. Aufgabe von freiwilligen Leistungen der Gemeinde, über die Begrenzung aufzunehmender Kredite für Investitionen, bis hin zum Beförderungsstopp und einer Wiederbesetzungssperre von 24 Monaten für Beamte, bei einer dauerhaften vorläufigen Haushaltsführung, um nur ein paar Eckpunkte zu nennen.

Der Schuldenstand unserer Stadt, einschließlich des Kommunalbetriebes und der Touristik und Stadtmarketing GmbH betrug zum 31.12.2009 = 34,4 Mio € = ca. 2.200 € pro Kopf.

Dies entspricht einer Steigerung von 14,6 Mio. € seit dem 01.01.2003 und widerspricht klar den Grundsatzbeschlüssen des Rates.

Ich vermisste in dem vorgelegten Entwurf zum Haushaltssicherungskonzept eine Aussage über die Höhe der geplanten Einsparungen in den kommenden Jahren. Wenn wir den Haushalt konsolidieren wollen, müssen auch unseren Bürgern klare Zahlen genannt werden. Bei der maroden Haushaltslage des Bundes und des Landes NRW ist hier wohl keine schnelle Hilfe zu erwarten, sondern wir müssen uns am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen.

Die Zahlen des vorgelegten Haushaltsentwurfes sind wahrlich besorgniserregende Zukunftsaussichten für unsere Stadt.

Auf Grund unserer hohen Steuerkraft können die noch im ersten Entwurf zum Haushaltsplan 2011 eingeplanten Schlüsselzuweisungen i. H. v. 896.518 € nicht eingeplant werden. Dies jedoch der rot-grünen Landesregierung vorzuwerfen, wie es insbesondere der Hauptgeschäftsführer des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes Bernd-Jürgen Schneider macht ist, ich zitiere hier den Bürgermeister unserer Nachbargemeinde Brilon „Franz Schrewe“, „scheinheiliger Populismus“. Bereits die damalige schwarz-gelbe Landesregierung wäre auf Grund eines Urteils des Landesverfassungshofes dazu verpflichtet gewesen, das Gemeindefinanzierungsgesetz entsprechend zu ändern.

Ob die Verteilung der Lasten zu Gunsten der Großstädte gerecht ist, darüber lässt sich sicherlich streiten.

Was fest steht ist: Diese zusätzliche Deckungslücke wird die „allgemeine Rücklage“ in voller Höhe aufzehren.

Am Ende meiner Rede zum Haushalt 2010 habe ich gesagt: In Zeiten knapper Kassen gibt es nichts zu verteilen. Was uns jedoch als Politiker bleibt, ist die Möglichkeit, unsere Stadt für die Zukunft aufzustellen und auf die Finanz- und

Wirtschaftskrise mit neuen Ideen zu reagieren. Wir müssen in diesen Zeiten aktive „Daseinsvorsorge“ für die Stadt Olsberg betreiben, damit auch die zukünftigen Generationen gerne hier leben möchten und können.

Man kann der Finanzmisere mit mehreren Strategien begegnen: Zum einen, notwendige Restrukturierungsmaßnahmen durchführen; die Steuern und Gebühren erhöhen; die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen intensivieren und zum anderen Leistungen reduzieren. Insbesondere auf dem Gebiet der interkommunalen Zusammenarbeit gibt es noch eine ganze Menge bisher nicht ausgeschöpfter Möglichkeiten, wie z. B. im Bildungs- und Personalwesen; dem Freizeit- und Kulturbereich; dem Beschaffungswesen oder der Jugendförderung, um nur ein paar zu nennen.

Albert Einstein hat gesagt: **„Die Probleme von heute lassen sich niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind“!**

Wir möchten daher diese nachvollziehbare Erkenntnis auch auf unsere Stadt übertragen und ein neues Denken auf den Weg bringen.

Ein zentraler Punkt hierbei ist vor allem die verstärkte Einbindung der Bürger.

In den beiden Strategieworkshops im vergangenen Jahr haben wir Fraktionsübergreifend und unter Mithilfe von den sachkundigen Bürgern und den Ortsvorstehern der Ortsteile, Strategien erarbeitet, die unser künftiges Handeln bestimmen werden, oder zumindest sollen. Dies hängt sicher nicht zuletzt von den Finanzierungsmöglichkeiten einzelner Projekte ab. Lassen Sie uns diesen Weg weitergehen und ausbauen.

Wir haben im Rahmen der Haushaltsberatungen unsere Vorschläge zur Konsolidierung des Haushalts gemacht. In diesem Jahr fand meine Forderung aus der vergangenen Haushaltsrede Gehör und es konnte vor der heutigen Verabschiedung des Haushalts eingehend diskutiert und Änderungsvorschläge eingebracht werden. Dies wird von unserer Fraktion äußerst positiv bewertet.

Wir erwarten, dass neben den unausweichlichen Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen auch die Möglichkeiten der Generierung weiterer Einnahmen durch z. B. den Einsatz alternativer Energieträger oder auch z. B. die Umrüstung unseres Straßenbeleuchtungssystems auf LED-Lampen oder „Bedarfsbeleuchtung“ durch Bewegungsmelder genutzt werden.

Die Chance, durch die geplante „Bürgerphotovoltaikanlage“ Einnahmen erzielen zu können, ist wohl lt. den letzten Aussagen der HSE, die als Investor einer solchen Anlage auftreten wollte, a. G. mangelnder Rentabilität recht gering. Ehe wir jedoch ein solches Vorhaben endgültig einstampfen, erwarte ich, dass wir nichts unversucht lassen sollten. Sicher ist es durch die Erhöhung der EEG-Umlage noch etwas unwirtschaftlicher geworden, eine solche Anlage zu errichten und zu betreiben,

jedoch sollten wir hier nicht nur den rein monetären Aspekt sehen, sondern einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz leisten. Wir sollten uns nicht an die HSE klammern, die offensichtlich zumindest momentan noch nicht in der Lage ist, sei es aus finanziellen oder aus personalpolitischen Gründen, eine solche Anlage voranzutreiben, sondern uns externe Gutachten zur Wirtschaftlichkeit einer Photovoltaikanlage einholen.

Es gibt andere Investoren, die nach wie vor eine angemessene Rendite bei einer solchen Anlage sehen.

Eine weitere Chance wäre der Ausbau von „Windenergie“. Investoren stehen bereit. Was noch fehlt, ist ein entsprechender Erlass unserer Landesregierung.

Vor dem Hintergrund dieser finanziell dramatischen Zeiten werden wir jedoch auf Dauer auch um die ein oder andere Steuererhöhung nicht herumkommen.

Was jedoch unbedingt vermieden werden sollte, ist eine weitere Anhebung der Gewerbesteuerhebesätze. Dies wäre absolut das falsche Signal zum jetzigen Zeitpunkt. Das Ziel muss sein, Olsberg als attraktiven Wirtschaftsstandort zu erhalten und damit auch die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern und die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Es gibt auf der Ausgabenseite einige Punkte, wie z. B. die Kreisumlage oder die Krankenhausinvestitionspauschale, an deren Höhe man nichts verändern kann. Das die gesamte Systematik der Umlagen und Schlüsselzuweisungen tlw. absolut widersinnig ist (höhere Gewerbesteuereinnahmen = geringere Schlüsselzuweisungen), soll hier nicht näher erläutert werden.

Wir haben prinzipiell nur noch die Möglichkeit, bei den freiwilligen Leistungen oder innerhalb der einzelnen Fachbereiche, den Rotstift anzusetzen.

Bei den „freiwilligen Leistungen“ darf es keinerlei Tabu geben.

Durch die bereits im Jahr 2010 erfolgte Konsolidierungsrunde ist der Spielraum, bei den einzelnen Aufwandspositionen zu weiteren nachhaltigen Einsparungen zu kommen, recht eng.

Dennoch sind wir der Meinung, dass dies gelingen kann und auch gelingen muss.

„Heilige Kühe“ darf es dabei nicht geben!

Diese Maßnahmen werden dazu führen, dass die Bürgerinnen und Bürger von lieb gewonnenen Dienstleistungen der Stadt Abschied nehmen müssen.

Tlw. ist dies ja auch bereits in den vergangenen Monaten geschehen, siehe z. B. verkürzte Öffnungszeiten des Bürgerbüros. Jedoch werden weitere Maßnahmen folgen müssen.

Hier ist als erstes ein weiterer Personalabbau zu nennen. Betriebsbedingte Kündigungen müssen jedoch unbedingt vermieden werden. Die natürliche Fluktuation zum Personalabbau ist hier zu nutzen. Eine weitere Verdichtung der Arbeitsbelastung der übrigen Mitarbeiter ist jedoch nicht hinnehmbar. Hier gilt es, die Aufgabenbereiche und die Strukturen der Verwaltung laufend zu überprüfen. Die Standards der Aufgabenerledigung weiter abzubauen und die Möglichkeiten zur Konzentration von Aufgaben zu nutzen. Dies wird natürlich auch dazu führen, dass sich die Bearbeitungszeiten von Anträgen u. ä. verlängern werden.

Es wird nicht mehr möglich sein, alle freiwilligen Zahlungen wie z. B. Zuschüsse an Vereine, für Altentage oder für bürgerschaftliche Aktivitäten aufrechtzuerhalten. Hier ist jeder einzelne Bürger unserer Stadt, mehr denn je, selbst gefordert.

Von unserem Bürgermeister wurde bei den Ortsvorstehern mehr „bürgerschaftliches Engagement“ eingefordert. Das ist gut so und es ist festzustellen, dass Eigeninitiative und bürgerschaftliches Engagement in den Ortschaften zum großen Teil schon lange gut bis sehr gut funktioniert. Aber auch in der Kernstadt muss dies weiter vorangetrieben werden. Aufgaben wie Beet- oder Sportplatzpflege, um nur ein paar zu nennen, müssen auch hier verstärkt in die Verantwortung von Vereinen und Bürgern gegeben werden.

Die Zeit des Anspruchsdenkens, welches in den vergangenen Jahren dazu geführt hat, dass alle Leistungen der Stadt als selbstverständlich hingenommen wurden, ist definitiv vorbei!

Alle Planungen der kommenden Jahre sind unter Berücksichtigung des demografischen Wandels vorzunehmen. So müssen die Schulentwicklungs-; die Kindertagesstätten-; die Sportstätten- und die Verkehrsplanung dem demografischen Wandel angepasst werden. Das Problem dabei ist nur, dass gerade diese Kosten in Zukunft eminent steigen werden.

Wir müssen aufhören, uns an jedem Projekt, wo irgendwelche Zuschüsse seitens des Landes oder sonst wem winken, beteiligen zu wollen. Fast alle Beteiligungen haben eine Ko-Finanzierung seitens der Kommune zufolge. Das können wir uns nicht mehr leisten. Es sei denn, diese Projekte dienen dem Ziel, die Klimaschutzziele der kommenden Jahre zu erreichen.

Es muss eine Verbesserung des Kostendeckungsgrades bei Gebühren und Entgelten erreicht werden.

Bei allen Sparmaßnahmen muss eine absolute Minimierung der ökologischen und sozialen Folgen Priorität haben.

Wie bereits in unserem Ratsbeschluss vom 08.11.2007 verankert und auch in den Strategie-Workshops ausgearbeitet, gilt es, die Konzentration in den kommenden Jahren auf bestimmte Schwerpunkte zu legen.

Wir möchten, trotz aller notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen, in den kommenden 5 Jahren aber auch weiterhin mitgestalten, damit unsere Stadt für alle Generationen lebenswert bleibt.

Zum einen gehört dazu sicher das „Zentrenkonzept 2015“ und zum anderen die „offene Jugendarbeit“. Bei beiden Projekten ist man, so glaube ich, auf einem guten Weg.

In meinen Haushaltreden 2008 und 2010 habe ich gefordert, dass insbesondere im Bereich der „offenen Jugendarbeit“ weitere Anstrengungen unternommen werden müssen.

Im jetzigen Haushaltsentwurf steht geschrieben: „Im Blickpunkt wird 2011 die offene Jugendarbeit in Olsberg stehen“. Das ist gut so und zeigt, dass wir Grüne in Olsberg endlich gehört werden!

Ein Platz für eine Skaterbahn oder/und Basketballkörbe ist vorhanden. Was noch fehlt, ist die Unterstützung von Jugendlichen, die ihre Ideen einbringen und selbst Verantwortung für einen solchen Platz übernehmen würden sowie „Firmen und Personen, die bereit sind die erforderlichen Gerätschaften entsprechend zu sponsern“. Ich hoffe jedoch, dass ein solches Projekt nicht an fehlenden finanziellen Mitteln scheitern wird.

Erheblichen Beratungsbedarf wird auch die Planung der „künftigen Schullandschaft“ in Anspruch nehmen.

Hier gilt es „gemeinsam“ mit allen Betroffenen und hier insbesondere mit den Eltern und der Lehrerschaft, die für unsere Kinder bestmögliche und zukunftsorientierte Lösung zu finden. Wir haben hier in Olsberg die allerbesten Voraussetzungen dafür geschaffen.

Eine Menge Geld wurde in die Schulen investiert, aber diese Ausgaben sind die besten Zukunftsinvestitionen, die die Stadt überhaupt tätigen konnte.

Bildung ist eine Frage der Gerechtigkeit und des Zusammenhalts unserer Gesellschaft. Hiervon profitieren wir alle und hier möchten wir Akzente setzen. Schulen sind heute nicht mehr nur Lern- sondern zunehmend auch Lebensraum unserer Kinder und Jugendlichen.

Meine Anregung, die Investition der desolaten sanitären Anlagen der Haupt- und Realschule vorzuziehen, hat Gehör gefunden und wird vorbehaltlich der heutigen Zustimmung des Rates, noch in diesem Jahr umgesetzt. Diese Entscheidung ist für die weitere Sicherung des Schulstandortes Olsberg äußerst erfreulich.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, es kommen schwere Zeiten auf Olsberg zu.

Wir alle müssen uns diesen Anforderungen gemeinsam und vorausschauend stellen. Ich baue da auf eine weitere konstruktive Zusammenarbeit mit allen Fraktionen, der Verwaltung und unserem Bürgermeister und möchte mit einem Zitat von Franz Alt schließen:

**„Zukunft ist kein Schicksalsschlag, sondern die Folge der Entscheidungen, die wir heute treffen“.**

Wir von Bündnis 90/Die Grünen werden dem vorgelegten Haushalt 2011 zustimmen und wachsam sein, was die weiteren Konsolidierungsmaßnahmen, die ggfls. noch im Laufe dieses Jahres auf uns zukommen werden, betrifft.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.